

Herausgeber
Österreichischer Integrationsfonds

Integrations barometer 1/2016

Integrationsumfrage

Dr. Peter Hajek
Mag. Alexandra Siegl, MSc



Integrations barometer 1/2016

Integrationsumfrage

Dr. Peter Hajek
Mag. Alexandra Siegl, MSc

Integrations barometer 1/2016

Integrationsumfrage

Dr. Peter Hajek
Mag. Alexandra Siegl, MSc

Mai 2016

© Österreichischer Integrationsfonds

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF)/Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, Tel.: +43(0)1/710 12 03-0, mail@integrationsfonds.at; **Verlags- und Herstellungsort:** Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; **Lektorat:** Sophie Hoegl; **Layout:** Marion Dorner Grafik Design; **Druck:** TriSys DI Hans A. Gruber KG, Gumpendorfer Straße 5, 1060 Wien; **grundlegende Richtung:** wissenschaftliche Publikation zu den Themen Migration und Integration; **Offenlegung gem. § 25 MedienG:** Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impressum abgerufen werden.

Haftungsausschluss: Die Inhalte dieses Mediums wurden mit größtmöglicher Sorgfalt recherchiert und erstellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte wird keine Haftung übernommen.

Weder der Österreichische Integrationsfonds noch andere, an der Erstellung dieses Mediums Beteiligte, haften für Schäden jedweder Art, die durch die Nutzung, Anwendung und Weitergabe der dargebotenen Inhalte entstehen. Sofern dieses Medium Verweise auf andere Medien Dritter enthält, auf die der Österreichische Integrationsfonds keinen Einfluss ausübt, ist eine Haftung für die Inhalte dieser Medien ausgeschlossen. Für die Richtigkeit der Informationen in Medien Dritter ist der jeweilige Medieninhaber verantwortlich.

Die Beiträge dieser Publikation geben die Meinungen und Ansichten der Autoren wieder und stehen nicht für inhaltliche insbesondere politische Positionen der Herausgeber oder des Österreichischen Integrationsfonds und des Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres.

Urheberrecht: Alle in diesem Medium veröffentlichten Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Urhebers ist jede technisch mögliche oder erst in Hinkunft möglich werdende Art der Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Verwertung untersagt, sei es entgeltlich oder unentgeltlich.

Inhaltsverzeichnis

6	Vorwort
8	1 Hintergrund der Studie und Methodik
9	2 Ergebnisse
9	Bewertung des Zusammenlebens
12	Wichtige Akteure in der Integrationsarbeit
13	Problemfelder in Zusammenhang mit Flüchtlingen
15	Einschätzung der Auswirkungen von Flüchtlingen bzw. Zuwanderung auf Österreich
17	3 Zusammenfassung und Fazit

Vorwort

Für das Integrationsbarometer wurden im November 2015 sowie März/April 2016 1.000 österreichische Staatsbürger/innen durch Telefoninterviews sowie eine Online-Befragung zum Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie von Muslim/innen und Nicht-Muslim/innen befragt, um wahrgenommene Herausforderungen und Probleme im Zusammenleben zu erheben.

Die Ergebnisse des Integrationsbarometers sprechen insgesamt eine deutliche Sprache. Insbesondere die Vermittlung von Grundwerten wie Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Geist der Kritik, die Freiheit des Wortes, individuelle Autonomie und die Solidarität des Einzelnen zur Gemeinschaft sind von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Zukunft.

Diese Entwicklungen stellen Österreich in den nächsten Jahren vor große Integrationsherausforderungen. Ein wesentlicher Baustein für gelungene Integration ist die Förderung von Deutschkenntnissen, denn diese sind die Basis einer gelungenen Integration. Ohne gemeinsame Sprache sind weder Begegnung noch Verständigung möglich. Neben Deutsch ist die Beschäftigung von Menschen und die damit verbundene Selbsterhaltungsfähigkeit das bedeutendste Element der Integration, dabei ist auch die Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen – erleichtert durch das neue Anerkennungs- und Bewertungsgesetz – zu berücksichtigen.

Der Österreichische Integrationsfonds setzt bereits seit längerem eine Reihe von Maßnahmen, um die erfolgreiche Integration in Österreich, wie etwa den Erwerb der deutschen Sprache, zu unterstützen. Mit sieben Integrationszentren in ganz Österreich bietet der ÖIF Anlaufstellen zur Integrationsberatung von Flüchtlingen und Zuwander/innen, aber auch für Initiativen für Bürgermeister/innen und Multiplikator/innen im Integrationsbereich. Seit Jahresbeginn 2016 führt der ÖIF auch österreichweit Werte- und Orientierungskurse durch, die von einer Arbeitsgruppe des unabhängigen Expertenrats für Integration und der Organisation IOM entwickelt wurden.

Rund 90.000 Asylanträge wurden 2015 in Österreich gestellt, mehr als dreimal so viele wie noch 2014. Allein 2015 flüchteten so viele Menschen nach Österreich wie insgesamt in den Jahren 2002 bis 2012. Die meisten Asylanträge stammen von Personen aus Afghanistan und Syrien, der Irak liegt an dritter Stelle. Über 16.200 Menschen haben im letzten Jahr in Österreich Asyl erhalten. Der Staat stellt derzeit so viele Mittel wie noch nie für Integrationsmaßnahmen – insbesondere im Bereich der Deutschförderung und Wertevermittlung – zur Verfügung. Entscheidend für die erfolgreiche Integration der Flüchtlinge wird sein, dass sie diese Angebote auch eigenverantwortlich wahrnehmen und sich für ihre Integration aktiv engagieren.



Franz Wolf
Geschäftsführer ÖIF

1

Hintergrund der Studie und Methodik

Ziel des Integrationsbarometers ist es, Einstellungen und Stimmungsströmungen in Zusammenhang mit dem Thema Integration sowohl in der österreichischen Bevölkerung als auch unter Menschen mit Migrationshintergrund regelmäßig zu erheben. Peter Hajek Public Opinion Strategies führt dazu quartalsmäßige Umfragen durch, um aktuelle Stimmungen und Meinungsverschiebungen regelmäßig und zeitgerecht erfassen zu können.

In der zweiten Umfragerunde wurden 1.000 Österreicher/innen (österreichische Staatsbürger/innen) ab 16 Jahren repräsentativ befragt. Eigens ausgewertet wurden zudem die Einstellungen von Menschen mit

Migrationshintergrund. Diese wurden als Menschen definiert, die entweder selbst im Ausland (1. Migrantengeneration) oder deren beide Elternteile im Ausland geboren wurden (2. Migrantengeneration).

Die Umfrage wurde teils in Form einer telefonischen Befragung und teils in Form einer Online-Befragung durchgeführt. Dieser Methodenmix hat sich als sehr gute Variante bewährt, um einerseits die Gruppe der jungen Menschen (online) als auch die höheren Altersschichten (telefonisch) zu erreichen. Die Feldarbeit fand zwischen 24. März und 11. April 2016 statt.

2

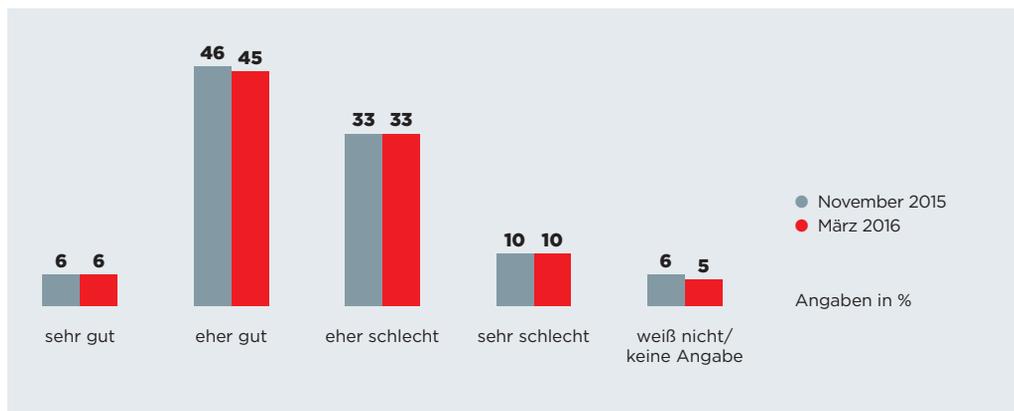
Ergebnisse

Bewertung des Zusammenlebens

Eine knappe Mehrheit der Österreicher/innen bewertet das Zusammenleben von Österreicher/innen und Zuwander/innen positiv.

Noch positiver als der Durchschnitt der Befragten sind Menschen mit Migrationshintergrund eingestellt. Kritischer als der Durchschnitt sehen das Thema Unter-30-Jährige, niedrige Bildungsschichten und Männer.

ABB. 1: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN ÖSTERREICHER/INNEN UND ZUWANDER/INNEN



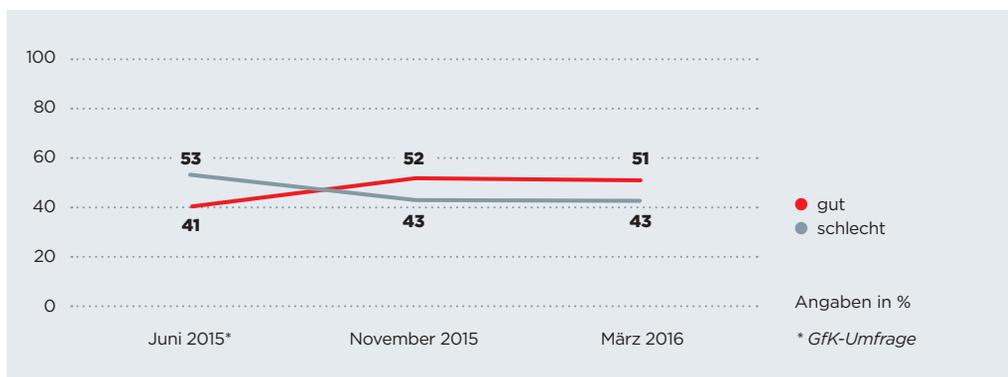
Rundungsdifferenzen bei Durchschnittswerten möglich.

Die folgende Grafik zeigt die Ergebnisse auf die Frage im Zeitverlauf. War bei der GfK-Umfrage im Auftrag des Integrationsfonds im Juni 2015 noch eine knapp mehr-

heitlich negative Stimmung beim Thema vorhanden, war diese in den letzten beiden Umfragewellen mehrheitlich positiv.

2 Ergebnisse

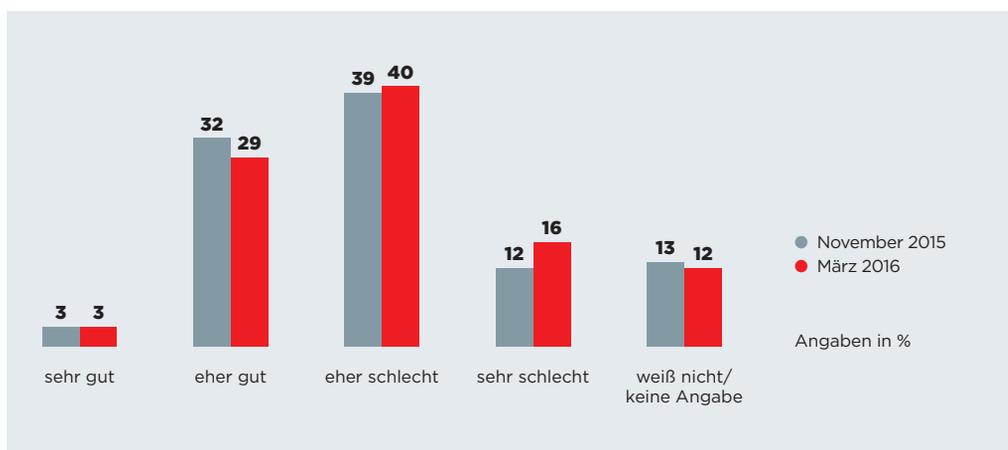
ABB. 2: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN ÖSTERREICHER/INNEN UND ZUWANDER/INNEN



Die Stimmung in der Bevölkerung trübt sich allerdings ein, wenn man konkret nach dem Zusammenleben von Muslim/innen und Nicht-Muslim/innen in Österreich fragt. Hier

bewertet das Zusammenleben eine Mehrheit von 56% negativ. Kritischer als der Durchschnitt der Befragten sind wiederum Unter-30-Jährige, niedrig Gebildete und Männer.

ABB. 3: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN MUSLIM/INNEN UND NICHT-MUSLIM/INNEN IN ÖSTERREICH

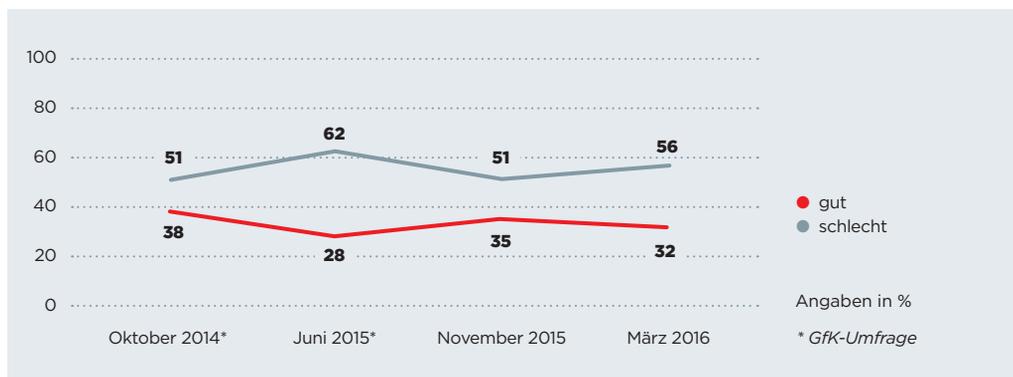


Rundungsdifferenzen bei Durchschnittswerten möglich.

Sieht man sich die Ergebnisse im längerfristigen Zeitverlauf an, zeigt sich ein zwar schwankendes, jedoch durchgängig mehrheitlich negatives Bild. Worauf die Schwankungen zurückzuführen sind, kann nicht gesi-

chert festgestellt werden, jedenfalls haben aber aktuelle Ereignisse, wie beispielsweise Terroranschläge, Einfluss auf die öffentliche Meinung zum Thema.

ABB. 4: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN MUSLIM/INNEN UND NICHT-MUSLIM/INNEN IN ÖSTERREICH: ZEITVERLAUF



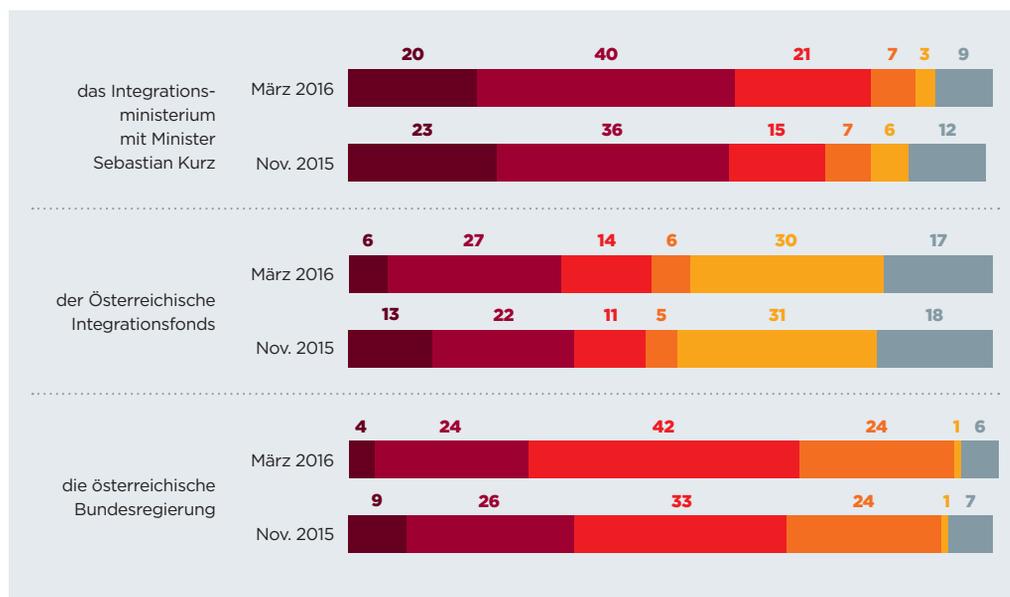
2 Ergebnisse

Wichtige Akteure in der Integrationsarbeit

Wenig Veränderung gibt es bei der Wahrnehmung einzelner Akteure in der Integrations-

arbeit im Vergleich zur letzten Umfragewelle im November 2015. Auffallend ist lediglich die Bewertung der Bundesregierung, die sich klar verschlechtert hat.

ABB. 5: BEWERTUNG VON AKTEUREN IN DER INTEGRATIONSARBEIT



● sehr gut
 ● eher gut
 ● weniger gut
● gar nicht gut
 ● kenne ich nicht
 ● weiß nicht/keine Angabe

Angaben in %

Rundungsdifferenzen bei Durchschnittswerten möglich.

Das Integrationsministerium mit Minister Sebastian Kurz wird vor allem von Über-50-Jährigen positiv bewertet, am kritischsten ist die Gruppe der Unter-30-Jährigen, also jene Gruppe, die auch das Zusammenleben zwischen Österreicher/innen und

Zuwander/innen am negativsten beurteilt. Diese Gruppe ist auch in Hinblick auf den Integrationsfonds und die Bundesregierung negativer eingestellt als der Durchschnitt der Befragten, sie lehnt also die Integrationsarbeit aller Akteure stärker ab.

Den Integrationsfonds bewerten Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen, die das Zusammenleben als gut bewerten, sowie Frauen tendenziell positiver. Eine Herausforderung in der breiten Öffentlichkeit ist weiterhin die Bekanntheit des Integrationsfonds. Die Bundesregierung wird vor allem von Menschen, die das Zusammenleben negativ bewerten, sowie von Unter-30-Jährigen und Männern kritisiert.

Problemfelder in Zusammenhang mit Flüchtlingen

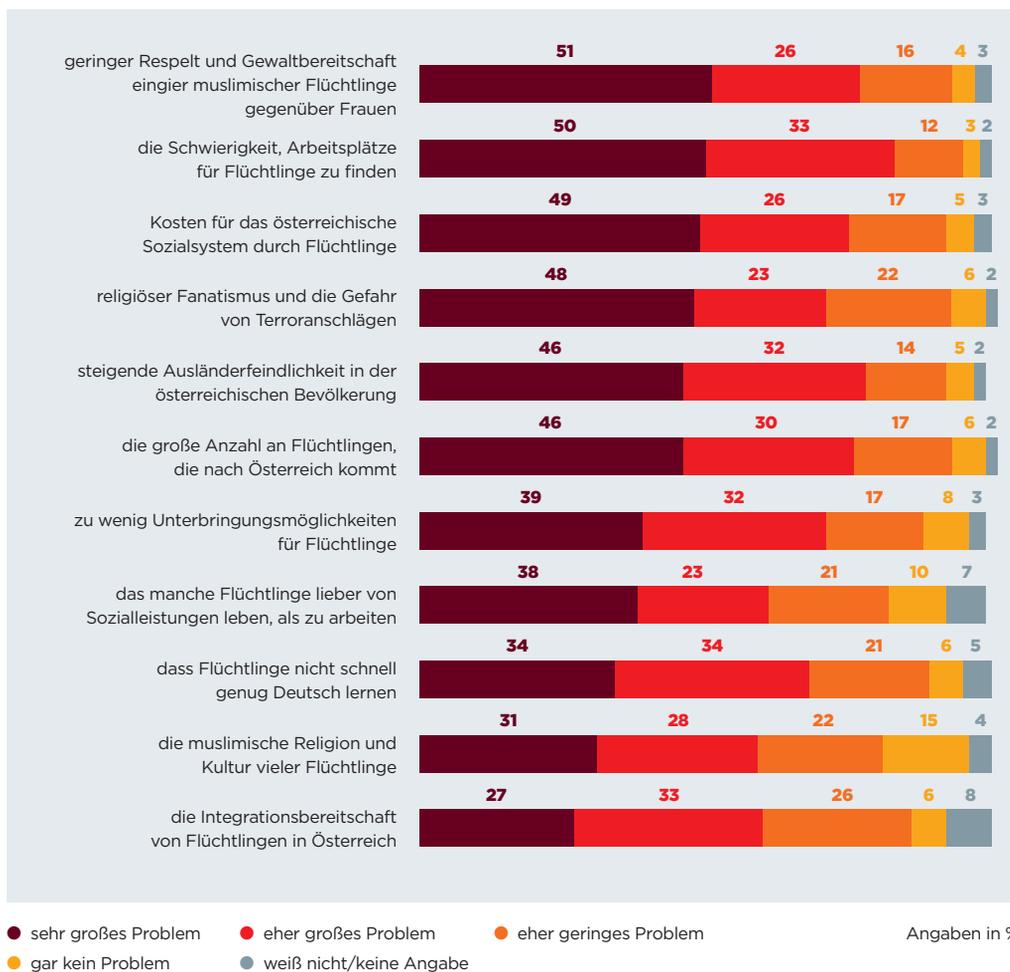
Die größten Probleme in Zusammenhang mit Flüchtlingen sind aus Sicht der Bevölkerung geringer Respekt bzw. Gewaltbereitschaft gegenüber Frauen, die Schwierigkeit, Arbeitsplätze für Flüchtlinge zu finden, sowie die Kosten für das österreichische Sozialsystem. Es fällt allerdings auf, dass sämtliche abgefragten Bereiche von einer Mehrheit der Befragten als zumindest eher problematisch empfunden werden.

Auffällig ist auch, dass eine allgemeine zu geringe Integrationsbereitschaft oder das vielzitierte Problem, Deutsch zu lernen, im Vergleich mit den anderen Problemfeldern eine geringere Rolle spielen. Vor dem Hintergrund von Köln ist offenbar das Frauenthema in den Vordergrund gerückt. Zudem ist das Thema Arbeitsplätze in Zeiten ohnehin schon hoher Arbeitslosigkeit von Relevanz. Das Sozialsystem ist vor dem Hintergrund der Mindestsicherungsdebatte stark im öffentlichen Diskurs vertreten. Und das Thema Terroranschläge hat natürlich durch die Anschläge in Brüssel wieder an Relevanz gewonnen.

Immerhin 78% der Bevölkerung empfinden es auf der anderen Seite als Problem, dass die Flüchtlingskrise auch die Ausländerfeindlichkeit der österreichischen Bevölkerung steigert. Man hat also nicht nur einen kritischen Blick auf die Menschen, die kommen, sondern auch auf die ansässige Bevölkerung.

2 Ergebnisse

ABB. 6: WAHrgENOMMENE PROBLEME IN ZUSAMMENHANG MIT FLÜCHTLINGEN IN ÖSTERREICH



Rundungsdifferenzen bei Durchschnittswerten möglich.

Sieht man sich die Ergebnisse in Hinblick auf einzelne Bevölkerungsgruppen an, so zeigt sich, dass so gut wie alle Themen von Menschen, die das Zusammenleben negativ

bewerten, sowie von niedrigen Bildungsschichten stärker als problematisch empfunden werden.

Einschätzung der Auswirkungen von Flüchtlingen bzw. Zuwanderung auf Österreich

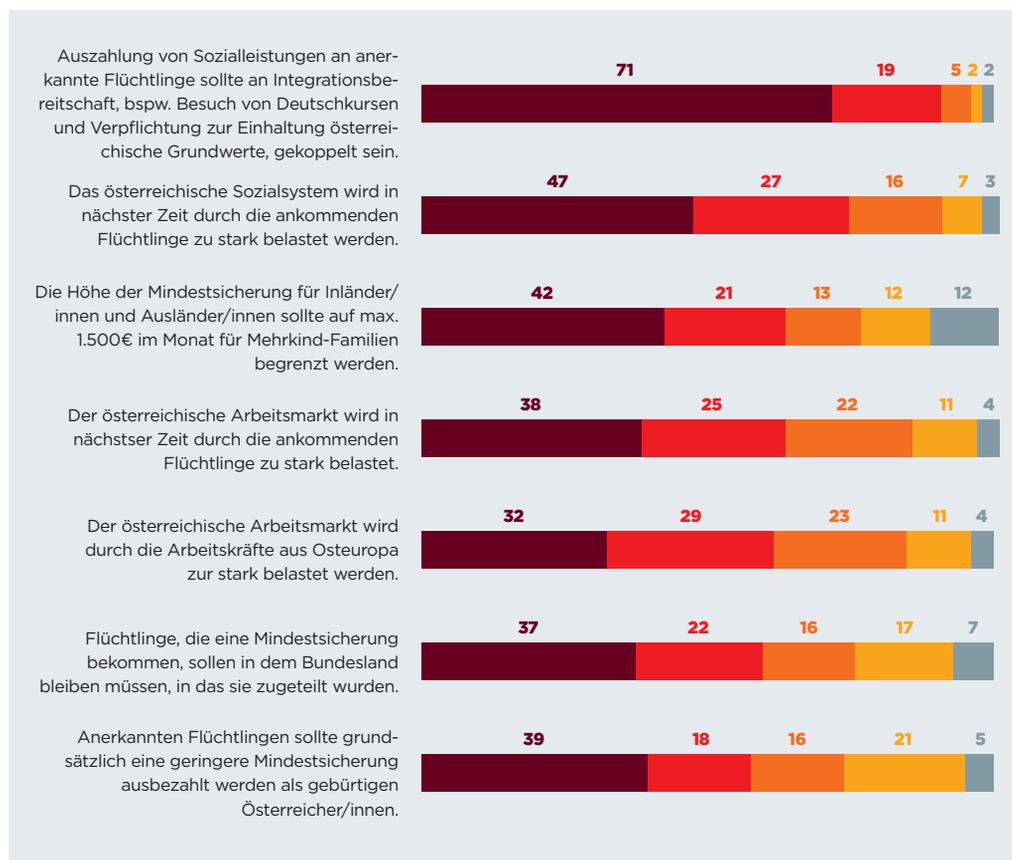
Breite Zustimmung erhält die Forderung, die Auszahlung von Sozialleistungen an anerkannte Flüchtlinge solle an die Integrationsbereitschaft, also beispielsweise den Besuch von Deutschkursen und die Verpflichtung zur Einhaltung österreichischer Grundwerte, gekoppelt sein. Die Bevölkerung erwartet sich also im Ausgleich zu Sozialleistungen auch ein Bekenntnis der Neuankommenden dazu, sich integrieren zu wollen. Etwas kritischer, jedoch auch mehrheitlich zustimmend, stehen dem höher Gebildete und Unter-30-Jährige gegenüber.

Eine große Sorge der Menschen in diesem Zusammenhang ist zudem, dass das österreichische Sozialsystem durch die ankommenden Flüchtlinge zu stark belastet werden

wird. Dem stimmen 74% der Bevölkerung zu, vor allem Menschen, die das Zusammenleben negativ bewerten, niedrig Gebildete, Menschen am Land sowie tendenziell Über-50-Jährige. 63% sprechen sich dafür aus, die Mindestsicherung – auch für Inländer/innen – auf maximal 1.500€ für Mehrkind-Familien zu begrenzen. Höhere Zustimmung findet dieser Vorschlag wiederum bei niedrig Gebildeten, Menschen am Land und Über-50-Jährigen. Ebenfalls mehrheitlich auf Zustimmung, wenn auch in etwas geringerem Ausmaß, stoßen die beiden Forderungen, dass Flüchtlinge, die Mindestsicherung beziehen, in dem Bundesland bleiben sollen, in das sie zugeteilt wurden (Residenzpflicht), sowie dass anerkannte Flüchtlinge grundsätzlich eine geringere Mindestsicherung bekommen sollen als gebürtige Österreicher/innen. Eine solche Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und gebürtigen Österreicher/innen lehnen Menschen mit Matura mehrheitlich ab.

2 Ergebnisse

ABB. 7: EINSCHÄTZUNG DER AUSWIRKUNGEN VON FLÜCHTLINGEN BZW. ZUWANDERUNG AUF ÖSTERREICH



● auf jeden Fall
 ● eher schon
 ● eher nicht
 ● ganz sicher nicht
 ● weiß nicht/keine Angabe
 Angaben in %
 Rundungsdifferenzen bei Durchschnittswerten möglich.

Und schließlich ist der Arbeitsmarkt ein Thema. 63% fürchten, dass der Arbeitsmarkt in nächster Zeit durch die ankommenden Flüchtlinge zu stark belastet werden wird, 61% erwarten eine Überbelastung durch Arbeitskräfte aus Osteuropa. Beiden Aus-

sagen zum Thema Arbeitsmarkt stimmen niedrige Bildungsschichten, Über-50-Jährige, Bewohner/innen des ländlichen Raums sowie Menschen, die das Zusammenleben insgesamt negativ sehen, stärker zu.

3

Zusammenfassung und Fazit

— Die Wahrnehmung des Zusammenlebens zwischen autochthoner Bevölkerung und Menschen mit Migrationshintergrund ist seit der letzten Umfragerunde im November sehr stabil geblieben. Weiterhin sieht eine Mehrheit zwar das Zusammenleben zwischen Österreicher/innen und Zuwander/innen positiv, das Zusammenleben zwischen Muslim/innen und Nicht-Muslim/innen in Österreich allerdings negativ.

— Problematische Bereiche in Zusammenhang mit Flüchtlingen sind aus Sicht der Bevölkerung vor allem:

- geringer Respekt und Gewaltbereitschaft mancher muslimischer Flüchtlinge gegenüber Frauen
- die Schwierigkeit, Arbeitsplätze für Flüchtlinge zu finden
- die Kosten für das österreichische Sozialsystem durch Flüchtlinge
- religiöser Fanatismus und die Gefahr von Terroranschlägen

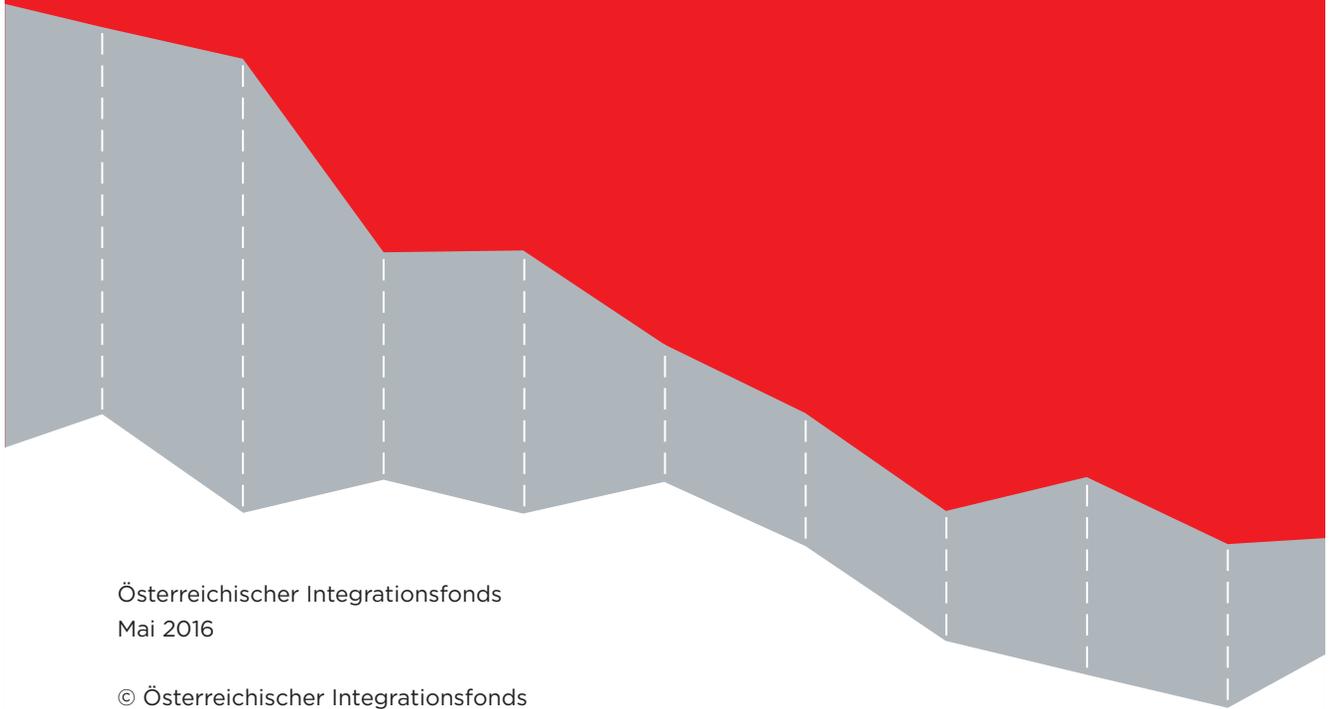
Vor allem die Punkte Einstellung gegenüber Frauen und religiöser Fanatismus bzw. Terrorgefahr gehen mit dem oben beschriebenen, als negativ wahrgenommenen Zusammenleben zwischen Muslim/innen und Nicht-Muslim/innen einher. Dabei wird die muslimische Religion und Kultur grundsätzlich weit weniger als Problem empfunden, vielmehr werden mögliche negative Auswüchse dieser, wie die Geringschätzung von Frauen oder religiöser Fanatismus kritisiert.

— Auch vor diesem Hintergrund wünschen sich die Österreicher/innen im Gegenzug zu Sozialleistungen von Flüchtlingen ein klares Bekenntnis dazu, sich im Land integrieren zu wollen. So stimmen ganze 90% der Forderung zu, dass die Auszahlung von Sozialleistungen an Flüchtlinge an die Integrationsbereitschaft, also beispielsweise den Besuch von Deutschkursen und die Verpflichtung zur Einhaltung österreichischer Grundwerte, gekoppelt sein sollte.

3 Zusammenfassung und Fazit

- 74% fürchten, dass das Sozialsystem in Zukunft durch die Flüchtlinge überbelastet werden wird. 63% sprechen sich in diesem Zusammenhang dafür aus, die Höhe der Mindestsicherung – für Inländer/innen und Ausländer/innen – auf maximal 1.500€ pro Monat für Mehrkind-Familien zu begrenzen. 59% sind für eine Residenzpflicht von Flüchtlingen und 57% stimmen der Aussage zu, dass anerkannte Flüchtlinge grundsätzlich eine geringere Mindestsicherung bekommen sollten als gebürtige Österreicher/innen.
- In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit werden auch Probleme am Arbeitsmarkt wahrgenommen. 63% befürchten in Zukunft eine Überbeanspruchung des Arbeitsmarkts durch die ankommenden Flüchtlinge, 61% rechnen mit einer Überbelastung durch Arbeitskräfte aus Osteuropa.
- Die Integrationsarbeit des Integrationsministeriums mit Minister Sebastian Kurz sowie jene des Integrationsfonds werden mehrheitlich positiv und sehr ähnlich wie im November 2015 wahrgenommen. Mehrheitlich negativ und noch etwas schlechter als im November letzten Jahres wird die Arbeit der Bundesregierung beim Thema Integration bewertet.





Österreichischer Integrationsfonds
Mai 2016

© Österreichischer Integrationsfonds